

Als Gewerkschafts-
vorsitzender
an der Seite
Helmut Kohls

Partnerschaft ist eine Frage gegenseitiger Achtung

Hermann Rappe

„Man kann nach meiner Auffassung nicht in die Zukunft gut wirken, wenn man nicht aus der Vergangenheit mit sich nimmt, was wert ist, mitgenommen zu werden.“ Diese Aussage Konrad Adenauers aus dem Jahr 1952 kann ich nur unterstreichen, und ich glaube, auch Helmut Kohl hat nach dieser Maxime gehandelt. Uns beiden gemeinsam sind die Erfahrungen, die unsere Generation gemacht hat. Wir sind fast gleich alt, er Jahrgang 1930, ich 1929. Er ist ein historisch beschlagener Mann. Wie er sehe auch ich vieles in historischen Bezügen.

In der jüngeren Geschichte waren für mich vier Persönlichkeiten und zwei Staaten wichtig und prägend. Die erste Persönlichkeit war Kurt Schumacher mit seiner scharfen Abgrenzung vom Kommunismus und seiner klaren Haltung im Parlamentarischen Rat mit dem Konzept eines demokratischen und sozialen Bundesstaates. Die zweite Persönlichkeit war Konrad Adenauer und seine Politik der Westbindung und die damit verbundene Wertebindung an die westliche Wertegemeinschaft. Die dritte war Thomas Dehler, seine liberale Gesinnung und seine nationale Haltung, die er in der Saardebatte des Deutschen Bundestages zum Ausdruck brachte. Und schließlich Hans Böckler wegen seiner Konzeption der Einheitsgewerkschaft auf den Grundlagen des demokratischen Sozialismus, der christlichen Werte und des sozialen Liberalismus. Die beiden Staaten, die nachhaltigen Eindruck auf mich gemacht haben, waren die USA, die die Weltwirt-

schaftskrise und ihre fürchterlichen Folgen mit dem *New Deal* demokratisch beantwortet haben, und England, das 1945 den Sieger Winston Churchill abgewählt und – als Ausweis politischer Reife – Clement Attlee zu seinem Nachfolger bestellt hat.

Mit diesen Prägungen und Erfahrungen wurde ich Sozialdemokrat auf dem Boden des Godesberger Programmes, und zwar ohne rot-grüne Fransen. Denn umweltorientierte Industriepolitik ist eine Frage der Vernunft und der Tagespolitik, die man machen muss, nicht eine geistig-politische Konzeption, die langfristig trägt. Ich war lange Jahre als Gewerkschaftssekretär in der IG Chemie, Papier, Keramik tätig, bevor ich 1982 Vorsitzender wurde und Helmut Kohl Bundeskanzler. Für mich war, im Gegensatz zu manchen anderen, die das im DGB so nicht gesehen und eingeschätzt haben, von Anfang an klar, dass ich als Vorsitzender einer Einheitsgewerkschaft, die einen demokratischen Auftrag zu erfüllen hat, mit jeder gewählten Regierung verhandeln muss.

Einheitsgewerkschaft war für mich nicht eine Frage der zahlenmäßigen Größe der sozialdemokratischen oder christlich-sozialen Kollegenschaft, sondern eine Frage von Geisteshaltung, von politischer Haltung und von politischen Inhalten. Partnerschaft ist eine Sache, die nur funktionieren kann, wenn der eine Partner dem anderen nichts zumutet, was er nicht kann oder was ihn vor seiner Klientel bis aufs Hemd auszieht. Partner-

schaft ist eine Frage gegenseitiger Achtung. Zur Einheitsgewerkschaft gehört Konsens als Prinzip, eine konsensorientierte Gesellschaft. Es gibt viele Beispiele dafür, dass das Konfrontationsmodell auch für Gewerkschaften oder für Arbeitgeber im Grunde genommen ein zu einfaches Strickmuster ist. Konsensorientierte Politik und Kompromiss sind das schwierigste Stück Arbeit, das ich mir vorstellen kann. Der Kompromiss ist schwer; Konfrontation ist leicht. Von daher sind der Geist von Partnerschaft, die Inhalte von Partnerschaft und wie man sie umsetzt eine Frage beider Partner. Dies betrifft auch das Auftreten gegenüber einer Regierung. Dabei muss man hin und wieder deutlich sagen, dass das, was wir uns gegenseitig zumuten wollen, nicht funktionieren kann, wenn es uns die Möglichkeit der Integration unserer jeweiligen Klientel nimmt. Nur wenn beide Partner sich so verhalten, kann eine konsensorientierte Politik funktionieren. Wenn aber beide Partner diese Voraussetzung nicht beachten, hilft auch keine Sonntagsrede über Partnerschaft. Ich habe aus voller Überzeugung 1976 das Mitbestimmungsgesetz mitvertreten als Vorsitzender der SPD-Kommission gegen den Widerstand einer ganzen Reihe linker Kräfte innerhalb des DGB und der SPD, weil ich das 76er-Gesetz für ein konsensorientiertes Gesetz halte. Eine derartige Orientierung ist für mich ein systemimmanentes Stück der Einheitsgewerkschaft, und insofern ist das für mich keine Frage der Gruppe der Sozialdemokraten oder der Christlich-Sozialen, sondern eine Frage der Haltung der Gewerkschaften in einer Demokratie.

Oder anders formuliert: Die Tatsache, dass ich der SPD angehöre, hätte ja nicht bedeuten dürfen während der sechzehn Jahre, die ich Vorsitzender der Gewerkschaft war, vornehme Zurückhaltung zu üben. Wie hätte ich als Gewerkschaftsvorsitzender der IG Chemie, Papier, Ke-

ramik die Interessen meiner Kolleginnen und Kollegen vertreten sollen?

Zwischen Helmut Kohl und mir gab es eine gemeinsame Antenne, die im persönlichen Kontakt manchmal sehr hilfreich war: Kohl kommt aus Ludwigs-hafen und ist mit der dortigen Chemie groß geworden. Er war eine Zeit lang als Student beim Arbeitgeberverband der chemischen Industrie und hat auch in seinen Studentenzeiten in den Semesterferien in der BASF gearbeitet.

Persönliches Vertrauen

Entscheidend für ein fruchtbares Zusammenwirken in der Politik ist die Frage des persönlichen Vertrauens. Dieses Vertrauensverhältnis hat sich zwischen uns beiden aufgebaut, und zwar in sehr konkreten Dingen. So habe ich als Sozialdemokrat von Anfang an versucht, mit der Regierung Kohl Kontakt aufzunehmen. Nach meiner Ansicht war der Kurs von Helmut Kohl in den gesamten sechzehn Jahren seiner Regierungszeit – mehr, als manche dies beurteilt haben – ein christlich-sozialer, ein christlich-demokratischer Kurs. Er hat sich in wichtigen Entscheidungsbereichen eindeutig vom Thatcherismus unterschieden. Wenigstens dreimal habe ich aus seinem Mund in der Runde mit Gewerkschaftsvertretern, den Präsidenten der Arbeitgeberverbände und seiner Minister gehört, mit ihm sei Thatcherismus nicht zu machen.

Im Verhältnis zur CDU/FDP-Regierung Kohls gab es für mich nie einen Disput zur Frage der Außenpolitik. Thema war zunächst die Raketennachrüstung und alle damit verbundenen Aktionen. Ich gehörte zu dem letzten kleinen Kreis um Helmut Schmidt innerhalb der SPD, und insofern gab es für mich über außenpolitische Fragen überhaupt keine Konfliktpunkte mit dem Kurs von Helmut Kohl und seiner Regierung, weil ich diese außenpolitische und verteidigungspolitische Konzeption für richtig hielt.

Schwierigkeiten gab es vor 1989 allerdings in einigen Feldern der Sozialpolitik, wie zum Beispiel in einigen Entscheidungen der Rentenpolitik, weniger in der Anwendung der Nettoformel, wohl aber bei den Rentenansprüchen der Arbeitslosen, der Zumutbarkeitserlasse und in der Frage der Zuzahlung im Gesundheitswesen. Das waren relativ neue Felder, um die damals gestritten worden ist. Das waren Bereiche, die zu Spannungen mit den Gewerkschaften führten. Manche Zurückhaltungsappelle der Bundesregierung – auch zur damaligen Zeit – führten zu Spannungen. Sie waren für mich in dem gesamten Zeitraum aber nie so gravierend, dass ich als Gewerkschaftsvorsitzender das Verhältnis zur Regierung hätte überprüfen müssen. Da gibt es unterschiedliche Einschätzungen, unterschiedliche Schwerpunkte, unterschiedliche Zeitpunkte, zu denen man das eine oder andere machen kann oder machen soll, aber ich kann mich an keine prinzipielle Auseinandersetzung erinnern, die zum Bruch hätte führen müssen.

Nehmen wir den Streikparagrafen 116. Hier hatten wir unterschiedliche Einschätzungen, aber auch da war ich der Meinung, es hätte ein Modell geben können, etwa das der christlich-sozialen Kollegenschaft, was aber nicht mehrheitsfähig war. Wir sind dann zu keiner Regelung gekommen, auch nach dem Gespräch mit der Regierung nicht, das wir mit einer Gewerkschaftsdelegation im Kanzleramt führten. In diesen Fragen gab es unterschiedliche Einschätzungen. Prinzipielle, tief gehende Meinungsverschiedenheiten über die wirtschaftliche Entwicklung oder in der sozialen Gesetzgebung, mit Ausnahme des Eingriffs in die Rechte der Arbeitnehmer nach Paragraph 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG), sehe ich nicht. Insofern waren das Tagesauseinandersetzungen, die im politischen Geschäft auf unterschiedlichen Einschätzungen beruhten, aber

nicht grundsätzlicher Natur im Verhältnis zur Regierung Kohl waren.

Diese Einschätzung hängt sicher auch mit meinem eigenen politischen Standort und mit dem meiner Freunde im Vorstand zusammen. Wir haben seit langem keine „linken“ Fraktionen innerhalb der IG Chemie gehabt. Außerdem hatte ich mit Arbeitgebern und den Arbeitgeberverbänden zu tun, die natürlich auch für Partnerschaft ein offenes Ohr hatten. Mit den Prinzipien von Partnerschaft und Miteigentum und Mitbestimmung – auch aus der katholischen Soziallehre – habe ich nie Probleme gehabt. Für mich war Soziale Marktwirtschaft auch der Anknüpfungspunkt im Verhältnis zu Helmut Kohl. Für mich war Soziale Marktwirtschaft immer eine Mischung zwischen Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack, Heinrich Deist und Oswald von Nell-Breuning. Das ist das, was ich unter Sozialer Marktwirtschaft auch als Handlungsmaxime für eine Gewerkschaft verstanden habe.

Die Wiedervereinigung

Mein Eindruck von Helmut Kohl war eben von Anfang an: Der Mann ist verlässlich. Das zeigte sich auch in der spannenden Phase der Wiedervereinigung, als es um die Frage der Rettung der Chemiestandorte in der DDR ging. Darüber haben wir im Januar oder Februar 1990 gesprochen und eine gegenseitige Information abgestimmt. Für einen Gewerkschaftsvorsitzenden gab es zu diesem sehr schwierigen Prozess der Privatisierung und der betriebswirtschaftlichen Ellem, die man an die Entwicklung legen musste, eine Reihe von Problemen. Ohne die Zerteilung der Kombinate war Privatisierung nicht möglich. Diese Einschätzung zog eine ganze Reihe von Konsequenzen nach sich. Im Chemiedreieck Merseburg konnte dies den langsamen Abbau von Arbeitskräften in einem gewissen Zeitraum oder gar die Entlassung

von etwa hunderttausend Mitarbeitern zur Folge haben. Das ist eine Größenordnung, wo man um des Landes willen, um der Kolleginnen und Kollegen willen, um der wirtschaftlichen Entwicklung willen natürlich die enge Zusammenarbeit mit der Regierung und den Arbeitgebern suchen muss.

Unser Verhältnis ist in der Phase besonders eng geworden, die mit dem Fall der Mauer im Herbst 1989 eingeleitet worden ist. Darauf möchte ich ein bisschen näher eingehen, weil hier das Vertrauenspotenzial, auf das wir gegenseitig gesetzt haben, eine wesentliche Rolle spielte. Nach seiner Zehn-Punkte-Erklärung im Bundestag 1989 und der Situation Ende November/Anfang Dezember hatte der Hauptvorstand der IG Chemie, Papier, Keramik als einziger Gewerkschaftsvorstand eine Erklärung abgegeben, die auf wichtigen Aussagen fußte:

Erstens: Der Vorstand dieser Gewerkschaft ist der Auffassung, es kommt jetzt zur Wiedervereinigung, und wir müssen sie auch zügig betreiben und wollen.

Zweitens: Allein die Lage der Industrie in der damals noch vorhandenen DDR mit einem Schwerpunkt Chemie verlangt von uns, dass wir in eine Kooperation mit unseren Kolleginnen und Kollegen gehen und Beratung und Hilfe leisten, dass wir im Kontext der wirtschaftlichen Lage für die Auflösung der Kombinate und insgesamt für die Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft und damit auch für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft eintreten und unsere positiven Erfahrungen übertragen auf die DDR. Unsere Lösung für die Probleme ist das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft.

Drittens: Wir sind nicht der Auffassung, die im DGB und der SPD diskutiert wird, dass nunmehr Möglichkeiten einer Zweistaatenentwicklung diskutiert werden sollen.

Viertens: Wir bieten der Bundesregierung unsere Zusammenarbeit an.

Das Beispiel der Ost-Chemie ist für diese Kooperation besonders aufschlussreich. Ich muss voranstellen, dass der Bundeskanzler Anfang 1990 in einer Unterhaltung geäußert hat: „Wenn wir gemeinsam Verantwortung übernehmen und bestimmte Dinge lösen wollen, nehmen Sie, wann immer Sie wollen, den Hörer zur Hand, und wir finden Zeit zu reden. Und eine Sache sage ich Ihnen zu: Wir gehen gemeinsam in jedes dieser drei Kombinate zu einer Betriebsversammlung. Wir gehen zusammen nach Buna, nach Leuna und nach Bitterfeld. Wir treten gemeinsam auf gegenüber denen, um die es da geht, und sagen ihnen auch offen die Wahrheit. Sie haben mein Wort, wir werden die Chemie Ost nicht platt machen.“

Zunächst bemühten wir uns, die westdeutsche Großchemie anzusprechen und uns gegenseitig über den Stand der Dinge zu informieren. Kohl lud zu Gesprächen ins Kanzleramt, ich machte Besuche bei den einzelnen Vorständen. Ich habe zweimal die Herren der westdeutschen Großchemie besucht. Alle vier, BASF, Bayer, Hoechst und VEBA, haben erklärt, dass sie an den großen Bereichen Leuna, Buna, Bitterfeld nicht interessiert seien. Alle haben erklärt, es sei das Beste, die Betriebe aufzulösen und zu schließen. Es hat dann weitere Kontakte des Bundeskanzlers mit den Herren gegeben. Dabei stellte sich heraus, dass alle vier sich bemühten, jeweils einen bestimmten kleineren Bereich zu übernehmen, zum Beispiel Schwedt und in Brandenburg Schwarzheide; andere wollten in Bitterfeld etwas Neues aufbauen. Eindeutig aber war, an den drei großen Bereichen hatte keiner Interesse. Unsere gemeinsamen Bemühungen gingen nun dahin, die Herren davon zu überzeugen, dass sie das auch in Kooperation machen könnten, weil uns klar war, dass die Größe des jeweiligen Kombinates einen einzigen Investor überfordern würde.

Die vielen volkswirtschaftlichen, betriebswirtschaftlichen und finanziellen Fragen sind in jeder Phase offen beredet worden. Erst nachdem klar war, dass deutsche Unternehmen an diesen drei Kernbereichen nicht interessiert waren oder auch ihrer Einschätzung nach nicht sein konnten, haben wir uns um ausländische Unternehmen in verschiedenen Ländern, in Italien, Österreich, den USA und Frankreich bemüht.

Über diesen gesamten Zeitraum von mehreren Jahren hatte ich immer den Draht in das Kanzleramt. Wir haben die Verantwortung zusammen getragen, sind zusammen in die Betriebsversammlungen gegangen und haben deutlich gemacht: Passiere, was wolle, es bleibt bei Chemiestandorten in den neuen Bundesländern. Kohl hat diese Linie, industrielle Kerne zu erhalten, eisern durchgesetzt, wohl auch mit Problemen im eigenen Kabinett oder mit dem Koalitionspartner.

Mittelstand entwickeln

Gesellschaftspolitisch und wirtschaftspolitisch lässt sich Mittelstand nur um Kerne entwickeln. Die Ausgliederung und Aufteilung der Kombinate führte zum Aufbau eines Mittelstandes, dessen kleinere Betriebe Aufträge haben mussten. Insofern sind die Konzeptionen, und zwar jeweils unterschiedliche Konzeptionen für Leuna, Buna und Bitterfeld in der Treuhand, im Chemieausschuss unter Anwesenheit und Mitwirkung von Johannes Ludewig und anderen entwickelt worden. Sie sind selbstverständlich im Kanzleramt oder in der Runde mit einigen Präsidenten der Arbeitgeberverbände abgesegnet worden. Letztere hatten durchaus unterschiedliche Einschätzungen zu dieser Frage bezüglich Kerne und Chemie, weil damit Infrastrukturkosten in dramatischer Höhe verbunden waren. Diese waren nur zu verantworten, weil wir auch die soziale Seite der Entwicklung und dieses Prozesses immer mitbedacht

haben. Der Erfolg ist heute sichtbar, mehr, als manche Leute wahrhaben wollen. Heute könnten wir uns gemeinsam darüber freuen, dass in Leuna, Bitterfeld, Buna, Wittenberg und an vielen anderen Stellen Kerne erhalten worden sind und sich positiv entwickeln. Ein wesentliches Problem stellte die Absicht aller Erdölgesellschaften dar, die in Deutschland ihre Filialen haben, nur eine Pipeline zur Ölversorgung nach Leuna legen zu wollen. Wir aber waren der Meinung, dass nur eine eigenständige Versorgung auch die Sicherheit für einen vierten Chemiestandort in Deutschland geben könne. Deshalb müsse eine eigene Raffinerie geschaffen werden. In diesem Punkt habe ich mich auf Helmut Kohl verlassen können. Hier ist Vertrauen gewachsen. Und das ist für mich der hohe Wert dieses Verhältnisses.

In den Kanzlerrunden – mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und Regierung – war es vor dem Fall der Mauer nicht immer spannungsfrei, als es um Arbeitslosigkeit, Vollbeschäftigung und sozialpolitische Themen wie zum Beispiel den Paragraphen 116 ging. Da knirschte es häufig. Die Zusammenarbeit nach 1989 aber, in der Hauptphase der Wiedervereinigung, war sehr konstruktiv. Das war die Phase, etwa 1994/95, in der die Runden sich vor allem mit Ostwirtschaft und Wiedervereinigungsproblemen, die daraus erwuchsen, befassten, bis hin zu Haushaltsfragen.

Ich kann mich auch an eine Debatte erinnern, als es um die Frage der Währungsunion ging. Tietmeyer hatte den Währungsvertrag geschrieben, und es stand die Frage an, ob man finanzwirtschaftlich das Eintauschen eins zu eins oder eins zu zwei verantworten könne oder nicht. In dieser Frage war Kohl sehr eindeutig und hat gesagt, wenn wir das nicht tun, dann kommen jede Woche noch mehr Menschen von drüben nach hier. Er mahnte deshalb eine politische Lösung an, selbst wenn sie währungspolitisch

und währungswirtschaftlich falsch sein mochte.

In dieser Zeit trat regelmäßig eine Runde von vierzehn Personen zusammen: die vier Präsidenten der Arbeitgeberverbände, fünf Gewerkschafter, der DGB-Vorsitzende, zunächst Meyer und dann Schulte, vier Industriegewerkschaften – DAG und drei Industriegewerkschaften, Metall, ÖTV und Chemie –, dann der Kanzler und vier Fachminister, Finanzen/Wirtschaft, Arbeit, Kanzleramtsminister sowie Ludewig. Diese Vierzehnerrunde hat in diesen vier Jahren vornehmlich das Thema Wiedervereinigung behandelt. Aber auch andere Themen hingen mit Wiedervereinigungsproblemen zusammen, vor allem auch die Haushaltsfragen. Hier wurden die Lösungen gefunden, der Erblastfonds und seine Finanzierung in Absprache mit der Bundesbank oder mit den europäischen Behörden oder mit der Versicherungswirtschaft und dem Bankenverband. Diese Runden fanden in weitgehend gutem Klima und Konsens statt. Die Arbeitgeber trugen mit, dass die Arbeitslosenbeiträge erhöht wurden, um die Arbeitsmarktgesellschaften zu finanzieren, sicher mit Zähneknirschen. Ein Störfaktor sollte aber erwähnt werden: Eine Kundgebung in Leipzig sorgte für Wirbel, bei der ein bestimmter Gewerkschaftsvorsitzender erklärte, die Treuhand in Berlin sei die Schlachtbank für die Ostwirtschaft. Dies entsprach überhaupt nicht meiner Linie, die Gott sei Dank, wenn ich heute die Industrie dort betrachte, zum Erfolg geführt hat.

In der Phase nach 1995, als wieder allgemeine politische Themen in den Vordergrund traten, knirschte es in den Kanzlerrunden immer vernehmbarer. Die Arbeitgeber wollten nun, dass unter anderem die Lohnnebenkosten gesenkt und eine Regelung der Lohnfortzahlung gefunden werden müsse. Jetzt zerbrach die vier bis fünf Jahre dauernde, sehr ertrag-

reiche und konsensreiche Zusammenarbeit an dem Thema der Lohnfortzahlung, das die Arbeitgeber forcierten. Ich glaube, Helmut Kohl musste sich in dieser Frage vielleicht der FDP und dem Druck der Arbeitgeber beugen, die nach Jahren der Zurückhaltung nun eine Entscheidung in ihrem Sinn forderten. Möglicherweise hat Kohl gedacht, er könne auch dieses Problem nach der langen Phase vernünftigen Miteinanderumgehens lösen, und hat vielleicht unterschätzt, dass die Lohnfortzahlung eine heilige Kuh des DGB war. Er hat sich darauf eingelassen. Ich habe das für falsch gehalten.

Übrigens war Kohl in allen Gesprächen gut vorbereitet. Er wusste immer genau, um was es ging, bis in einzelne Industriezweige und -bereiche und auch Problembereiche der neuen Länder oder der einzelnen neuen Länder, und er wusste immer, wovon er sprach, auch als wir uns in erheblicher Auseinandersetzung um den Paragraphen 116 befanden. Zu keiner Sekunde hatte ich den Eindruck, dass er etwa nicht wusste, wovon er sprach. Er wusste sehr wohl, wovon er sprach und was er wollte.

Schließlich möchte ich auf einen Punkt noch besonders hinweisen. Es ging um Fragen der Europapolitik, die 1988 thematisiert wurden, als Helmut Kohl auf unserem Gewerkschaftstag in Karlsruhe war. Davor hatten wir in einer Gesprächsrunde mit Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierung das Thema europäische Gemeinschaft besprochen. Aus gewerkschaftlicher Sicht oder auch aus meiner Sicht als Sozialdemokrat ging es dabei um die Bedingungen der sozialen Ausgestaltung Europas. Jacques Delors hatte diese Konzeption des sozialen Dialoges entwickelt, um die EG zu beleben. Und diese Frage des sozialen Dialoges war Inhalt solcher Gesprächsrunden. Ich hatte Helmut Kohl gebeten, in diesen Runden seine Position zur Betriebsverfassung, zur Mitbestimmung, zum dualen

Berufsbildungssystem, zur Selbstverwaltung im Sozialversicherungsbereich und zum Tarifvertragsrecht darzulegen. Dies seien die fünf Eckpunkte für uns hinsichtlich der weiteren Entwicklung des sozialen Dialoges in Europa.

Bei unserem Kongress in Karlsruhe hat er zu diesen Punkten geredet. Er hat die Anregung also aufgegriffen und dazu Aussagen an die Adresse der Gewerkschaften gemacht, worauf sie beim europäischen Einigungsprozess achten sollten, Aussagen, die seinem christlich-sozialen Verständnis entsprangen und auf die ich mich mehrfach in den kommenden Jahren bei diesem Themenbereich bezogen habe.

Ich war vierzehn Jahre Vorsitzender der Chemiegewerkschaften Europas und sechs Jahre Präsident der Internationale. Ich war also häufig in Brüssel und oft in europäischen oder sonstigen Gremien.

Der „soziale Dialog“

Die Sozialordnung in Europa ist einer der interessantesten Prozesse in Europa überhaupt. Zur Ausgangslage: In Italien gab es drei politische Richtungsgewerkschaften, in Frankreich auch, ähnlich in Holland, Belgien, Spanien und Portugal. Die Kommunisten waren prinzipiell gegen Mitbestimmung und Betriebsrat, gegen die Soziale Marktwirtschaft – auch was Wettbewerb und Leistung anbetrifft. Die sozialistischen Gewerkschaften, also die dem sozialdemokratischen Parteienverbund am nächsten stehenden, waren ebenfalls sehr linksorientiert, vor allem der Trades Union Congress (TUC) in England. Man denke an den Konflikt, den die Labour Party stets mit dem Bergarbeiterführer Arthur Scargill hatte. Wilson und Callaghan sind ja nicht umsonst gestürzt worden.

Das deutsche Modell, wie es die Europäer nannten, wurde gestützt nur durch die Schweden, die nicht in der EG waren, durch die Dänen, die Norweger, die Fin-

nen, die uns politisch-ideologisch am nächsten standen, die aber nicht Mitglieder der EG waren. Und die, die in der EG waren, waren nicht auf dem Kurs der Sozialen Marktwirtschaft oder des Konsenses oder der Partnerschaft. Aus der Sicht der Engländer, der Franzosen und Italiener sowie der Belgier, der Spanier und der Portugiesen – der ganzen romanischen Heißsporne – waren die Deutschen „Konsensheinis“. Sie wollten alle Rechte, die die Arbeitnehmer hätten, im Tarif, in der Betriebsverfassung oder in der Mitbestimmung oder Berufsgenossenschaft oder Selbstverwaltung festgeschrieben wissen. In Italien – so erklärte mir einmal ein Gewerkschaftsvorsitzender – werde das anders geregelt: Zwei Tage Generalstreik, dann hätten sie das, was sie wollten; dazu brauchten sie keine Gesetzesformulierung. Der Grundkonflikt war also sehr groß. Und dieser Konflikt hat zwanzig Jahre lang bestanden. Ich habe als Vorsitzender der europäischen Gewerkschaften zahlreiche Auseinandersetzungen erlebt, bis es anfang mit dem „sozialen Dialog“. Jacques Delors hat damit angefangen und Arbeitsaufträge vergeben, auch an den europäischen Gewerkschaftsbund. Die Kongresse des europäischen Gewerkschaftsbundes haben sich dann mit dieser Frage beschäftigt, auch unsere Kongresse der Chemie- und Fabrikarbeitergewerkschaften auf europäischer Ebene.

Durch diesen „sozialen Dialog“ wandelte sich ab Ende der achtziger Jahre, Anfang der neunziger Jahre die Haltung in den europäischen Gremien und wandelte sich auch konkret im europäischen Gewerkschaftsbund und in der Exekutive, in der ich Vorsitzender war, auch mithilfe deutscher Initiativen, mit Blüm, den FDP-Wirtschaftsministern und dem Kanzler selbst.

In Italien operieren nun alle drei Gewerkschaften gemeinsam: Alle drei Gewerkschaften haben mich 1991 mit einer

Delegation ihrer Arbeitgeber in Hannover und in Bonn besucht, um Fragen der Mitbestimmung zu diskutieren. Zehn Jahre zuvor wäre dies völlig undenkbar gewesen. Dann folgte die Abstimmung auf dem TUC-Kongress in England, der mit Zweidrittelmehrheit einen Beschluss fasste, das europäische Kooperationsmodell zu studieren, und seinem Vorstand einen Auftrag dazu erteilte. In der Folge wurden Partnerschaftsabkommen mit unseren englischen Gewerkschaften geschlossen. In Frankreich spielte das Absinken der Confédération Générale du Travail (CGT) und das Wachsen der CFTT eine Rolle. Übrigens gibt es in den Reihen der SPD die Meinung, man solle sich – was das Verhältnis zur PDS angeht – an François Mitterrand orientieren, der die KP in die Regierung eingebunden und so den Bedeutungsverlust der Kommunisten in Gang gesetzt habe. So sollte man es auch mit der PDS machen. Dieser Ansicht bin ich überhaupt nicht. Es gab auch Ansätze zu Veränderungen bis zum Konflikt zwischen Redondo und dem spanischen Ministerpräsidenten, der dann nicht gekittet werden konnte.

Dies alles bewirkte einen Wandel, auch durch die faktisch große Koalition der beiden Fraktionen im europäischen Parlament, Europäische Volkspartei und Sozialdemokraten. Im Verlauf der letzten Jahre hat sich also viel entwickelt in Bezug auf Mitbestimmung, Betriebsverfassung, Berufsausbildungsmodelle; vor allem das deutsche Modell der Berufsausbildung hat heute einen höheren Stellenwert als früher. Dieser Wandel ist sicher durch deutsche Initiativen und Beispiele bewirkt worden und hat in Europa den sozialen Dialog und konsensorientierte Politik in Gang gesetzt. In der EG hat das deutsche Modell heute einen ganz anderen Stellenwert als vor zwanzig Jahren. Das ist ein erheblicher Wandel zum Positiven.

Schließlich möchte ich die Zusammenarbeit mit Helmut Kohl zur Propagierung des Euro erwähnen. Er hatte nach dem Maastrichter Vertrag eine interessante Runde zusammengerufen, die zwei Jahre tätig war. Ihr gehörten die Herren Bierich, Rutz (Chefredakteur des *Rheinischen Merkur*), Kohlhaussen (Commerzbank), Schoser (Deutscher Industrie- und Handelstag [DIHT]) und ich an. Wir waren der engere Vorstand dieser Kampagne „Für den Euro“. Wir haben uns des Öffern im Kanzleramt getroffen, um die Publizierung des Euro voranzubringen. Insgesamt waren das etwa zwanzig bis fünfundzwanzig Personen, denen es darum ging, Anzeigen und Artikelserien mit unserem Namen in Fachzeitschriften zu platzieren. Dazu brauchten wir Unterstützung aus den Bereichen der Wirtschaft. Das letzte Mal haben wir uns im Sommer 1999 getroffen, Rutz, Kohlhaussen, Weirich und ich, und haben unseren Verein wieder aufgelöst. Denn das Ziel ist erreicht.

Dennoch ist Europa mit diesen Fortschritten noch lange nicht abgehakt. Es gilt nun, von Europa ausgehend, auch moralische Qualitäten im Zeitalter der Globalisierung zu entwickeln. Wenn wir Identifikation neu entwickeln wollen, und vor allem lohnenswerte Identifikationen für junge Leute, dann bin ich fest davon überzeugt, dass die Lösung auf keinen Fall im nationalen Bereich, sondern nur im internationalen Bereich liegen kann. Die Leute reisen nicht nur rund um die Welt, sie sehen auch Qualitäten und Unterschiede. Wir profilieren unsere programmatische, ideelle Konzeption nur im internationalen Bereich. Wenn wir dabei keinen Erfolg haben, dann, glaube ich, wird es schwierig mit der Wertediskussion. Die aber brauchen wir für die soziale und demokratische Kultur in der Globalität.